

Beschlussvorlage
Tischvorlage

Organisationseinheit Kreistagsgeschäftsstelle	Datum 22.10.2010	Drucksachen-Nr. 2010/181/1
↓ Beratungsfolge Kreistag	↓ Sitzungsart öffentlich	↓ Sitzungstermin/e

Tagesordnungspunkt 9

Antrag der Fraktion der SPD;
Kommunale Handlungsfähigkeit sichern. Gewerbesteuern verbreitern - kommunale Haushalte entlasten

Beschlussvorschlag

Siehe Sachverhalt (Fazit).

Sachverhalt

Die Einsetzung einer Kommission zur Erarbeitung von Vorschlägen zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung wurde bereits im Koalitionsvertrag angekündigt. Mitglieder sind die Bundesminister der Finanzen (zugleich Vorsitz), des Innern, für Wirtschaft und Technologie sowie sechs Vertreter der Länder und die **Vertreter der kommunalen Spitzenverbände**. Die konstituierende Sitzung fand am 04.03.2010 statt. Insgesamt sollen die Arbeiten der Kommission nach einem Jahr abgeschlossen sein.

Inhaltlich soll die Kommission Prüfvorschläge zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung erarbeiten. Hierbei soll auch der aufkommensneutrale Ersatz der Gewerbesteuer durch einen höheren kommunalen Anteil an der Umsatzsteuer sowie einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer mit eigenem Hebesatz geprüft werden. Auch für den Bund wird von Aufkommens- und Lastenneutralität ausgegangen.

Auch die im Koalitionsvertrag verabredete Erarbeitung von „Handlungsempfehlungen zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ soll in der Kommission erfolgen. Gleiches gilt für die Prüfung von Entlastungsmöglichkeiten auf der Ausgabenseite, beispielsweise durch die Flexibilisierung von Standards.

Der Deutsche Landkreistag (DLT) ist zusammen mit dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) in der Kommission vertreten. Die kommunalen Spitzenverbände haben im März gemeinsam in einem Eckpunktepapier ihre Erwartungen an die Kommission formuliert. Die Forderungen aus dem vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion sind Bestandteil dieser Eckpunkte.

Die Kommission hat bisher zweimal getagt und zuletzt am 08.07.2010 die Finanzministerien von Bund und Ländern gebeten, die vorgeschlagenen Prüfungen vorzunehmen.

Allerdings entsprechen die vorgeschlagenen Modelle nicht den Erwartungen der kommunalen Spitzenverbände. Diese haben dies in einer gemeinsamen Presseerklärung vom 08.07.2010 auch deutlich zum Ausdruck gebracht (siehe Anlage).

In getrennten Presseerklärungen haben der DLT (13.09.2010) und der DStGB (18.10.2010) die kommunalen Anforderungen an die Kommissionsarbeit noch einmal deutlich gemacht.

Fazit

Die mit dem SPD-Antrag verfolgten Ziele sind von den Adressaten bereits aufgenommen. Die vorgeschlagene Resolution des Kreistages wird von der Verwaltung begrüßt und bestärkt den Landrat, in den Gremien des Landkreistags Baden-Württemberg und des DLT die entsprechenden Forderungen wie bisher mit Nachdruck zu unterstützen.

Finanzielle Auswirkungen

Siehe Antrag (bereits versandt).

Anlagen

Pressemitteilung des Deutschen Landkreistags vom 08.07.2010